

Verkauft täglich
mittelsmittags mit Umfassung der
Gesamtheit.
Abonnementpreis
jährlich 10 J., 1/2 Jährl. 1.50 J.
postfrei, bei Postbest. Durch-
schneide die Post bezogen 1.66 J.
„Die Neue Welt“
Abonnementpreis
jährlich 10 J., 1/2 Jährl. 1.50 J.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Raumburg-Weiskensels-Zeit,
Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Telephon-Nr. 1047.

Redaktion und Expedition: Geißstraße 21, erster Hof pastoren rechts.
Telegramm-Adresse: Volksblatt Halle.

Telephon-Nr. 1047

Insertionsgebühren
betragen für die 6spaltige
Zeile oder deren Raum
10 J. für 10 Zeilen.
Verkaufspreis
10 J.
In verhältnissmäßiger Höhe
betragt die Zeile 50 J.
Jahresrate für die halbe
Stunde 1/10 Uhr in den
Expeditoren aufgegeben sein
Einlagen in die Post-
anstalt unter Nr. 7000

Nr. 192

Halle a. S., Donnerstag den 19. August 1897.

8. Jahrg.

Zur Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen.

Die Gegner der Wahlbeteiligung führen zur Begründung ihrer Meinung folgende Gründe an:
Da die Sozialdemokratie nur in der dritten Wählerklasse so viele Anhänger besitzt, daß sie in einer Anzahl von Wahlbezirken die Majorität der Wahlmänner durchbringen kann, die beiden anderen Wählerklassen aber zusammen doppelt so viele Wahlmänner wählen, wie die dritte Klasse allein, so werden bei der Wahl der Abgeordneten durch die Wahlmänner selbst in günstigen Fällen, daß nämlich alle Wahlmänner der dritten Klasse Sozialdemokraten sind, immer zwei bürgerlich gesinnte Wahlmänner einem Sozialdemokraten gegenüberstehen; es wird darum in keinem einzigen Wahlkreise möglich sein, einen sozialdemokratischen Abgeordneten aus eigener Kraft durchzubringen.

Soll trotzdem einer unserer Parteigenossen als Abgeordneter gewählt werden, so müßte der Weg der Kompromisse mit den parlamentarisch uns nahestehenden Parteien (Volkspartei, linker Flügel des Zentrums) eingeschlagen werden. Da jedoch derartige Kompromisse erfahrungsgemäß zur Demoralisation der Partei, zu Streit und Zwietracht in den eigenen Reihen führen würden, so ist auch dieser Weg nicht gangbar.

Trotz selbst wenn wir dieser Gefahren nicht acht zu werden, selbst wenn wir mit einer der in Betracht kommenden Parteien ein Abkommen dahin treffen wollen, daß im Wahlkreise X, wo z. B. die Konservativen die Wahlmänner der ersten Klasse, die Freisinnigen die der zweiten Klasse und die Sozialdemokraten die der dritten Klasse besitzen, unsere Wahlmänner für den Freisinnigen zu stimmen und dadurch diesem zum Siege zu verhelfen haben, während im Wahlkreise Y, wo die Wahlmännerverthältnisse eben so liegen, die Freisinnigen der zweiten Klasse für den Sozialdemokraten einzutreten haben, selbst wenn also ein derartiges Abkommen zu Stande kommen sollte, dann würden wohl die sozialdemokratischen Wahlmänner im Wahlkreise X der Verabredung Folge leisten und im Wahlkreise Y der Verabredung nicht entsprechen und im Wahlkreise X die Freisinnigen die Dauer während bestehen werden können, die zur Voraussetzung des Erfolgs haben, hier also die Ertragung von Mandaten. Da aber dieser Erfolg ausgeschlossen ist, könne eine wirkliche Abmachung auch nicht eingeleitet werden.

Weiter dürfte man nicht vergessen, daß wir unsere Freunde infolge der öffentlichen Sinnabnahme der Vergewaltigung und Maßregeln antreiben. Sünde dieser wirtschaftlichen Benachteiligung unserer Genossen auf der anderen Seite ein politischer Erfolg gegenüber, so könnte über die Zulässigkeit dieser Opfer gesprochen werden, da aber ein Erfolg eben ausgeschlossen ist, so müßten die Opfer als zwecklos vermindert werden.

Ferner dauere der Wahlgang mehrere Stunden, bei starker Beteiligung unter Umständen sogar einen halben Arbeitstag und länger. Für den Fall, daß unter den Wahlmännern eine Schwadronenstillestande muß, wären unsere Parteifreunde genötigt, die ganze Zeit über zu durcharbeiten. Das lege den einzelnen so große Opfer auf, daß es angesichts der Unmöglichkeit, sozialdemokratische Abgeordnete durchzubringen, die Kreise der Parteigenossen müßten vor sich ziehen, wollte man ihnen die Wahlbeteiligung zur Pflicht machen.

Doch abgesehen von alledem, angenommen, es sei möglich, die Reihen der oppositionellen Parteien im Landtage so zu stärken, daß sie die Mehrheit bilden, was sei dann erreicht? Jeder günstige Gegenstand, den etwa das Abgeordnetenhaus annehme, würde doch wieder von Herrn Haus verworfen; die ganze Wahlarbeit sei dann also trotzdem vergeblich gewesen.

Unsere Freunde könnten doch nur unter der Voraussetzung für die Wahl eines Gegners eintreten, wenn dieselben sich verbindlich machen, für gewisse Forderungen einzutreten, mindestens für Beteiligung des Klassenwahlrechts und für Einführung der gleichen direkten und geheimen Wahl bei den Landtagswahlen.

Aber was hätten wir, so meinen die Gegner der Wahlbeteiligung, gewonnen, wenn uns diese Versprechen gegeben werden? Es braucht noch gar nicht an den wiederholten schon

vorgekommenen Fall gedacht zu werden, daß Wahlversprechungen einfach nicht gehalten werden.

Es soll vielmehr angenommen werden, daß das Versprechen ernst gemeint ist und daß die Abgeordneten auf seine Erfüllung hinarbeiten. Die Regierung und das Herrenhaus werden niemals in eine Änderung des ihnen so angenehmen Wahlsystems willigen. Unser Vorgehen und unsere Mitwirkung bei den Wahlen hätte mithin auch in dieser Beziehung keinen Zweck.

Von den kleinen Gründen, die gegen die Wahlbeteiligung angeführt werden, ist hervorzuheben, daß in vielen der kleinen Wahlbezirke es unmöglich sein würde, sozialdemokratische Wahlmänner ausfindig zu machen. Die Wahlmänner müssen in ihrem Wahlbezirk wohnen, und ein Wahlbezirk muß zwischen 750 und 1749 Einwohner (nicht Wahlberechtigte) haben. So würde nach Meinung der Wahlsieger schon an die 2000 rein äußerliche Frage die Möglichkeit einer wirklichen Agitation scheitern.

Schließlich wird noch darauf hingewiesen, daß wir in die Wahl der Aufstellung der schwarzen Listen brandmarken, daß wir aber unsere Freunde selbst aus dieser Gefahr retten, wenn wir von ihnen verlangen, daß sie vor aller Ohren für bekannte sozialdemokratische Wahlmänner stimmen sollen.

Alles in allem müßte darum die Agitation bei den Landtagswahlen ohne weitestgehenden Erfolg bleiben, und jedenfalls ständen die Defekte an Zeit, Wahllokalen und den zu erwartenden Misserfolgen in keinem Verhältnis zu dem vielleicht zu erzielenden Genuß. So dürfen sich die Gegner der Wahlbeteiligung. Hören wir nun, was die Wahlfreunde sagen.

Tagesgeschichte.

In der vergangenen Reichstagsession sind besonders die Gelegenheitsbesuche, betreffend die Revision der Unfall- und Invaliditätsversicherung, in Aussicht genommen. Jetzt wird es in einer offiziellen Korrespondenz als sicher bezeichnet, daß die Durchführung dieser Entwurfs in einer nahen Zeit versucht werden wird. Ob aber wieder beide Novellen zusammen oder nur eine, und welche dem Reichstag in der nächsten Session vorgelegt werden soll, ist noch unentschieden. Gegenwärtig handelt es sich für die Reichsverwaltung darum, die Erfahrungen zu berücksichtigen, die bei den Beratungen der Novellen in der letzten Tagung gemacht worden sind; vornehmlich die Kritik von der Unfallversicherungsmoelle. Aus der Hand der Reichsregierung würde die Vorlage der veränderten Regelungen einer erneuten Prüfung unterzogen und mehrfach geändert werden. Doch dabei extreme Wünsche, deren Verwirklichung Anstrengung und Landwirtschaft schwerwiegend wären, keine Berücksichtigung erfahren dürfen, ist selbstverständlich. Auch der Entwurf über die Invaliditätsversicherung wurde erneut geprüft. Man dürfe diese Prüfungsarbeit so beschleunigen, daß sie bis zum Zeitpunkt der Entscheidung über die dem Reichstage vorzulegen, ebenen Entwurfs zum Abschluss gelangt sein werden. Die für Mitte Dezember anberaumte Berichterung der Industriellen über die Reichstagsabschlüsse zur Unfallversicherungswolle werde diese Berichtigung gleichfalls noch finden können.

Wenigstens läßt alles das, was entgegen „extremen Wünschen“ (worum die Forderungen der Sozialdemokratie zu verstehen sind) berücksichtigt werden soll, auf eine Verschlechterung der bei. Gehege zum Vorteil der Grundbesitzer und Industriellen heraus.

Das Begnadigungsrecht des Monarchen behandelt der frühere Reichsgerichtsrat Landgerichtsrat Rulmann (Brandenburg) in der Zukunft. Er kommt zu der auch von uns stets vertretenen Ansicht, daß der Justizminister der Volksernennung über die Ausübung des Begnadigungsrechts Rede und Antwort zu stehen habe. Die Gründe dafür laßt Herr Rulmann wie folgt zusammenfassen:

Soll der dem Monarchen erteilte Rat und der auf Grund dieses Rates gefasste Beschluß nicht auf unklare Geheiß und Stimmungen, sondern auf wohlüberlegte Gründe beruhen, so ist es nicht allein möglich, darüber Auskunft zu geben, sondern diese Auskunft verleiht gegen die Stellung des konstitutionellen Monarchen nicht in höherem Grade, als die Darstellung der Gründe für jede andere Regierungsmaßnahme. Auch bei ist die Pflicht zur Aufklärung eine notwendige Folge der ministeriellen Verantwortlichkeit, und wie diese in der Verfassung nicht auf bestimmte Gebiete und auch nicht auf die allgemeine Richtung der Politik beschränkt ist, sondern auch auf ganz bestimmte einzelne Angelegenheiten sich erstreckt, so gilt das auch für die Begnadigung. Nur die rechtliche Unmöglichkeit der Kontrolle aller Akte der Regierung durch die Volksvertretung begründet die Beschränkung des Monarchen nicht verächtlich, einer obliegenden Verantwortung der Tätigkeit seiner Minister durch deren Entlassung praktische Folge zu geben; aber die Möglichkeit eines eigenen Urteils soll wenigstens der Volksvertretung gegeben werden. Das Verhältnis zwischen Volk und Fürsten ist das der Gemeinschaft der Interessen und des darauf beruhenden gegenseitigen Vertrauens. Dieses Vertrauen aber fordert volle Offenheit und klare Begründung. Ein Gnadenrecht, das sich auf unmittelbare und deshalb unkontrollierbare Eingriffe stützt, läßt sich eine solche nicht zu, aber es ist der Ausfluß eines Königtums im theoretischen, nicht aber im Verfassungsstaate des reingereinigten Jahrhunderts.

Die Volksvertretung sich klar darüber, daß sie das Recht hat, den Justizminister zur Verantwortung auch für Gnadenakte zu ziehen, so wird sie auch nicht im Zweifel darüber sein, daß ihr die Ausübung jenes Rechts zur Pflicht wird, sobald sich in den Begnadigungen ein System zeigt, das dazu angethan ist, das Rechtsgesetz des Volkes zu untergraben oder gar zu verletzen. Es ist in letzter Zeit oft darauf hingewiesen worden, daß die Begnadigung von Beamten der Polizei, die wegen Uebertretung der Amtsgewalt verurteilt wurden, fast zur Regel geworden ist; bei Duellstrafen ist es nicht anders. Wenn die Volksvertretung für solche Zustände von dem Minister Rechenschaft fordert, so thut sie nur ihre verdamnte Pflicht und Schlichtigkeit.

Ueber die Kaiserreise nach Petersburg kommen trotz unerschütterlicher Beichte nachgehend, die mit den Dichtungen der ersten Tage in gar großem Kontrast stehen. Wie sich hinterher herausgestellt, war der Empfang des deutschen Kaisers genau dem Hofzeremoniell entsprechend und ging in nichts über dasselbe hinaus. Der öffentliche Empfang war so mager, daß in verschiedenen konservativen Zeitungen von den deutschen Korrespondenten in Petersburg laut Klage geführt wird. Namentlich die Württemberg war auf das Allerniedrigste beschränkt.

Und hierbei ist ins Auge zu fassen, daß in Petersburg, wo überhaupt in Russland alle Administrationen von der Regierung, oder Polizei, befohlen werden, daß Beamte zu den Wirten derjenigen Häuser gehen, die zu illustrieren haben. Die Administration anlässlich des Kaiserbesuchs lag also nicht im Plane der russischen Regierung, die offenbar den französischen Beamten nicht eifertiglich machen wollte. Die russischen Staatsfinanzen sind leer, von Frankreich, dem man schon 7000 Millionen abgezogen hat, hofft man noch einige Milliarden zu bekommen. Und in diesem Punkte konnte der deutsche Kaiser nicht mit France konkurrieren. Die Russen sind so praktisch. Freilich hinein durften sie sich doch vernehmen haben. Denn den Franzosen ist die Luft zu gehen doch etwas gewöhnlich.

Die wärmste Freundschaft erkalte, wenn der eine Teil immer zu geben hat.

Uebervermögens und Anhebung des Volkes. Die von „Staatssachen“ unentgeltlich Post hat vorgeschlagen, den Landtag einzuberufen, um ihn Mittel für die Uebervermögens zu bewilligen zu lassen und ihn dann zugleich unter Hinweis auf die Erordnung Concessions aus dem Reichs-Rolle zu dem Vereins- und Verleumdungsgebot zu stellen. Sollte der Versuch wieder vergeblich sein, so müßte trotz aller Bedenken allen politischen Natur der Abweisung die Auflösung des Abgeordnetenhauses auf dem Wege liegen. Die Art der Schatzkammer-Politik bebaut selbst dem konservativen Reichstagen nicht, welcher bemerkt: „Die Regierung wird ein solches Anstehen, welches das Uebervermögensunglück bringt, um in seinem Schloße einen Konflikt mit dem Abgeordnetenhause von Jante zu brechen, was von ihm abzuwenden. Solche Wege kann keine Staatsregierung gehen; was sie thun, muß sie mit großer Ehrlichkeit dem Landtage gegenüber thun. Wenn die Regierung diesen Rat der Schatzkammer in der Vorbestellung, so wäre ihre unverschämte Wiederholung nur noch in recht empfindlicher Weise verurteilt und zwar nach der moralischen Seite hin. Und dem darf die Regierung sich nicht erweichen.“

Auch ein Umsturz. Die Agrarier sind unerschütterlich im Projektionsfeld für die „Landwirtsch.“ Landwirtschaft. Der Organ, die Deutsche Tageszeitung, kommt auf den Gedanken der „Hinsichtlichen Aufhebung“. Diese Gedanken sollen vom Staat (also zu Kosten der gefassten Steuerzahler) in irgend einer rechtlichen Form abgeleitet werden!!! Das Blatt bezeugt die Theorie, eine Parallele zwischen den abgefallenen Freuden und den bestehenden Hinsichtlichen zu ziehen, wobei es der Einfachheit halber beide Theorien ohne weiteres identifiziert. Was waren denn die Freuden? Zum größten Teile eine den Bauern angelegene, ungerade und ohne Gegenleistung bestehende Last. Erst wurde der freie Bauer entrechtet und enteignet und dann durfte er für sein altes Eigentum freuden und sich anerkennen. Die Freuden wurden nicht mildert, sondern drückten mit der Zeit mehr und mehr. Für ihre Schulden haben aber die Großgrundbesitzer, um die es sich hierbei nämlich wieder in erster Linie handelt, das entsprechende Kapital erhalten und wenn sie es nicht fruchtbringend anlegten, so ist das zum größten Teile ihre eigene Schuld. Die Hinsichtlich ist auch mit den Jahren an sich nicht drückender geworden, der Grundbesitz hat im Gegenteil vollen Anteil an der allgemeinen Verbilligung des Geldes gehabt, ja,

er genießt infolge gemeinnütziger Veranstaltungen sogar gewisse Vorzüge, die anderen Schuldnern nicht zu teil werden. Es ist nun sehr bequeme, von der Allgemeinheit ein Eintreten für die Schulden des Grundbesitzes zu verlangen, wodurch gerade die Wirte, die sich leicht gewirtschaftet haben, eine Prämie auf Kosten der besseren Wirte erhalten.

Es ist ja längst kein Geheimnis, daß die Agrarier am liebsten alle Hypothekenfächer doch nicht sehen. Da sind wir bösen Sozialdemokraten vor konsequenter, in dem wir zuerst Befreiung der Lohn und Pflanzwirtschaft, der Ausleistung aller Art, die Umwandlung des Privateigentums an Produktionsmitteln (auch des Grund und Bodens) in gesellschaftliches Eigentum fordern.

In einem Zustand der Verwirrung ist das politische Leben geraten. So erklärt die Hoff. Bg., und sie hat recht. Die Verwirrung zeigt sich besonders in der Gesetzgebung. Man denke an das Vereinsrecht und die Militärstrafprozedur. Wir besitzen in einer Anzahl von deutschen Staaten die Vorrichtung, daß politische Vereine nicht mit einander in Verbindung treten dürfen. Diese Vorrichtung rührt aus der Zeit her, in welcher der Beamte eine politische Charakterfigur war; sie ist nach altem germanischen Recht ohne den geringsten Nutzen. Sie wird an jedem Tage übertreten, nicht allein von Sozialdemokraten und dem Bund der Landwirte, sondern auch von jeder anderen Partei. Sie steht im Widerspruch mit dem Geiste des bürgerlichen Gesellschafts, in dem so scheinend Widerspruch, daß die Frage aufgenommen wurde, ob der Titel des bürgerlichen Gesellschafts überhaupt in Kraft treten kann, wenn nicht zuvor diese Bestimmung aufgehoben wird. Es gab einen Augenblick, wo das ganze bürgerliche Gesellschaft so scheinend drohte, wenn diese Bestimmung aufrecht erhalten wird.

Da erobert sich der Reichstagsrat und machte sich mit feierlichen Worten stark dafür, daß diese Bestimmung aufgehoben werden würde, wenn man zuvor das bürgerliche Gesellschaft in Sicherheit bringe. Zur Erlangung dieses Zweckes hat er nun aber nicht ein Reichsvereinsgesetz eingebracht, obwohl die Reichsverfassung ihn auf diesen Weg hinweist, sondern er hat kein präzisieren Vorlage eine Vorlage eingebracht, die zwar eine Erklärung seines gebenedeten Wortes enthält, aber zugleich mit Bestimmungen besetzt war, die einen freibürgerlichen Charakter tragen und die im Reichstagsrat nicht durchzuführen können, weil der Reichstagsrat sie in früheren Jahren bereits ausdrücklich abgelehnt hatte.

Die Beratung dieser Vorlage hat monatelang das Volk in die beständige Aufregung versetzt, und als sie endlich befristet war, machte sich eine große Freude darüber geltend, daß diese Aufregung endlich befristet war. Aber in dieser Freude verankert man, daß ein Volk nicht darauf zu kommen sollte, sich nicht zu erklären, sondern darum, Fortschritt zu erzielen, und daß dieser Fortschritt, auf dem man nicht gerecht werden kann, weil man es nicht abgeben kann, verweigert ist. Die Vereinigungsgesetze sind verpufft, und wenn unter neuen bürgerlichen Recht in Kraft tritt, werden wir den Reichstag davon empfinden.

Unsere Militärstrafprozedur ist seit fünfzig Jahren als ein durchsichtiges Verbrechen anerkannt. Es gibt niemanden, der sie verurteilt. Selbst der verstorbene Graf Lippe, der in der Besatzung fortwährend als das Musterbild eines realen bürgerlichen Mannes, hat seine Hand dazu bieten wollen, sie zu beseitigen. Unter den Gelehrten, die heute in Deutschland stehen, macht die Militärstrafprozedur einen ähnlichen Eindruck wie ein Mann, der in der Halsstrafe und der hohen Verurteilung des sechshundertjährigen sich heute in einer feierlichen Gesellschaft zeigen wollte. Der Reichstagsrat hat die feierliche Verurteilung abgelehnt, in dem damals laufenden und jetzt abgelehnten Reichstagsratung solle eine neue Militärstrafprozedur eingebracht werden. Er hat in der That eine solche Vorlage im Bundesrat eingebracht. Dort ist sie hängen geblieben. Sie ist, wie man das auf östreichlich ausdrückt, in Verles geblieben und hat noch nicht wieder zu Tage gebracht werden können.

Eine förmliche Abfertigung läßt die Zeit den Ministerpräsidenten zu teil werden. Wenn man deshalb, weil in Korinth die Blitze, das Verbrennen der Weisen, in China das Ausgehen der kleinen Mädchen und in

Australien das Begraben der lebenden Greise immer noch vorkommt, bei uns vorübergehende Maßregeln gegen die Blitze, das Verbrennen der Weisen, die Tötung der Mädchen und Greise vorzulegen wollte, so würde das jeder für einen unpassenden Scherz halten. Aber wenn jemand wegen anarchistischer Verbrechen in Italien, Spanien und Frankreich für Deutschland Anarchistengesetze vorschlägt, so kann er nebenbei freisohnverleitete Abgeordnete und Geheimrat sein, ohne daß ihm eine Gefinnungsgenossen auslachen. — Das stimmt, den Leuten hat das Klasseninteresse den Blick so getrübt, daß sie den Sinn für die größten Missethaten, die ihre Brüdern jenseitig sich leisten, ganz verloren haben.

Und immer wieder: Schuß vor Schülern! Uebergriffe eines Schülmannes gegen ein unbefugtes Mädchen kamen in einer Verhandlung der Ferien-Strafammer des Steiner Landgerichts zur Sprache. Am Abend des 12. Mai d. J. bemerkte der Schülmann Krause in der Bogelstraßstraße drei Mädchen, die sich lebhaft unterhielten. Der Schülmann erwiderte hierin eine öffentliche Anfechtung und nahm die Mädchen mit zur Wache. Bei der Feststellung der Veronalien sagte eines der Mädchen der Wahrheitsgemäß: „Mein Name ist Haale.“ Es war die Schneiderin Emilie Haale. Der Beamte schien jedoch anzunehmen, das Mädchen wolle ihn foppen; er fuhr die Vorgeschichte hart an und diese wurde so verwirrt, daß sie bei der Frage nach der Zeit der Geburt nicht genau antworten konnte und dachte. Jetzt hieß die Andeutung wie, „bei... Frauenzimmer“ und dem Schülmann Krause wurde angerufen, er solle sich doch nicht foppen lassen, sondern sie Haale einherren. Da verlor das geängstigte Mädchen ganz die Fassung; es bemerkte, vollständig nüchtern zu sein, und hat, zumalhin von einem Arzt untersucht zu werden. Man wurde die Haale mittelfind in die Stützgele gebracht und da sie sich verweigerte wehrte, gebunden und ihr der Mund zu halten, um das Schreiben zu verhindern. In der Zelle soll sie Haale weiter geübt haben. Sie selbst erklärt, sie sei infolge des ausgeführten Schreibens von einem Weintraum befallen worden. Schließlich wurde das Mädchen, deren ganzes Verbrechen darin bestand, daß sie auf der Straße etwas laut gesprochen habe und dann ihre Veronalien nicht genau angab, gleich einer runden Dose auf einen Dienstmannsfarren geladen und zum Polizeigefängnis geschafft. Die Angelegenheit befiel sich dahin aus, daß die Haale wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt angeklagt wurde. Das Schöffengericht erkannte jedoch auf Freisprechung, mit der Begründung, daß der Schülmann sich nicht in der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes befunden habe. Gegen dieses Erkenntnis wurde von dem Vertreter der Anklagebehörde Verurteilung eingelegt. In der Verhandlung vor der Strafkammer ergab sich die Sachlage, wie sie geschildert ist; der Staatsanwalt selbst beantragte nunmehr die Freisprechung der Haale. Demgemäß wurde auch erkannt. Das Gericht verworf die Verurteilung und legte die Kosten, einschließlich der der Angeklagten ermachenden notwendigen Auslagen, der Staatskasse auf.

Der Verkauf hat nach einem Berliner Blatte auf keinen Antrag einen Nachschuß bis Mitte September erhalten. Das erneuerte Urteilsbuch ist von Tausch mit keinem schwebenden Gebührensbeitrag begünstigt worden.

Der berühmte Normann-Schumann soll nach Mitteilung einer Korrespondenz in Ungarn herrlich und in Frieden leben, wo im Buchherren seines früheren Aufenthalts Zehnerhöfchen und geschrien haben. Er macht in Ungarn großen Aufwand, besetzt mit seiner Frau seine eigene fürstlich eingerichtete Villa und prahlt noch immer mit seiner Kenntnis vor allerhand Staatsgeheimnissen.

Wegen Kaiserbelädigung angeklagt wurde am Dienstag in Berlin die Arbeiterin Anna Henschke, gegen die als Belädigungsgewalt eine Almoempfangerin Witwe Schwarz aufgetreten war, welche auch die Anzeige erstattet hatte. Am Geburtstag des Kronprinzen soll nach der Aussage der Schwarz im Laufe einer Unterhaltung die Angeklagte geäußert haben, daß sie die Herren bezahle müßte, welche der Kaiser ausführe. Die vom Verteidiger beigebrachten vier Entlastungszugaben bekräftigten, daß die Schwarz eine löbliche Junge habe und Nachbarn und Mitbewohner durch Klatschereien zu verhetzen und zu verfeinden strebe. Unter diesen

Umständen beantragte der Staatsanwalt selbst die Freisprechung.

Ausland.

Oesterreich. Die Plinze schießt. Aus Leuschau (Ungarn) wird berichtet:

Gelegentlich einer unter den Arbeitern entstandenen Bewegung machte die bedrängte Gendarmarie von ihrer Schußwaffe Gebrauch, wobei dreizehn Arbeiter schwer verletzt wurden; vier davon sind ihren Wunden bereits erlegen.

Die Geburt des Prinzen Peter.

Amel berichtet in Odenburg. Die Erbprinzessin hat einem Sohne das Leben geschenkt und die Odenburger Nachrichten mitteilen diesen Ereignis einen Artikel, den wir mit unterm Vergnügen aus Tageslicht ziehen. Hier die Hauptstellen dieser ergötzlichen Schilderung:

„Heute morgen war es. Die Einwohner der Stadt lagen noch in ihrem Schlaf. Da regte es sich im Elisabeth Anne-Palast. In geschäftiger Eile und doch beutend liefen Hofdamen und Hofbedienten auf und ab. Da um 4 Uhr 15 Minuten, ging eine freundliche Bewegung durch das ganze Palais. Die bis dahin schlafenden Bedienten, deren erster Beruf es ist, lauten, lauten und freu zur Seite zu liegen, hatte einer jütterden Mutter den Erbprinzen in der Arm gelegt. Und ein beglückter Vater stand in seiner freudigen Bewegung am Zeit der geliebten Wagnisvoll seines Lebens und lächelte Mutter und Kind.

Man drang die Plinze in dem roten, baumumhüllten Fliesenpötel in alle Räume weiter. Alle Dienstmädchen und Diener in ihren freudigen Eile, die Verpfändeten vom persönlichen Obdienten des jungen künftigen Kaisers sich um ihren Herrn, den Erbprinzen, und wandten ihre Blicken in die elementare Freude der. Die Mutter war inzwischen schon auf die Straße gedrungen. Die glücklichen Helfer trachteten, die Mitteilung mit der Hauptwache, wo dem, wenn Gott will, der zukünftige Großherzog das erste Buch aus froher Goldarbeit darzubringen wurde.

Schnell wurde das freudige Ereignis in der Nachrichtenbestätigung eine „Schilling“ dem neu geborenen künftigen „Erllinge“ den (ersten Schreier) überbrachte. Die Nachricht der glücklichen Ankunft des Prinzen überbrachte eine Ordonna unterer Artillerie den Befehl zum Abgehen. Auch auf Schuß rollte über die Stadt und machte die Einwohner lebendig. In ungemessener Spannung wurden die Schritte gezählt. Da nach dem stündlichen Warten der das Helden geblieben war, nach der Ereignis das Licht der Welt erblickt hatte, knallte es weiter. Man mußte man das ein Prinz geboren worden war, der dazu berufen ist, einmala die Krone des Landes als Erbe seiner Väter entgegenzunehmen.

Nach Hingen die Zeichen empor und schon sehr früh brangte in der Stadt der Hauptwache. Stolz glückten die Farben von Vaterland und Reich von den Dächern herab. Seit Dir, o Odenburg, liegt auf diesen Feinden, die schon so oft zu des Landes Ehr herabgebildet, zwar nicht geschieden, aber doch so hart und heuchel.

Es war noch nicht 6 Uhr, da spannte man im Palais die schönsten Banner vor einem leichten Wagen. Mit vor Freude und stolz hochgehendem Angeficht bestieg S. K. H. der Erbprinzherzog den Wagens und nahm selbst die Sägel in die Hand. Mit dem ersten Schritte trug die Pferde den glücklichen Vater nach der Sommerresidenz zu Kautsch, wo der Großherzog, mit freudigen Schreien im Auge den Sohn bewegt umarmte und küßte. Um 7 1/2 Uhr war S. K. H. der Erbprinzherzog schon wieder zu Mutter und Kind zurückgekehrt. Die hohe Widmerrin befindet sich den Umständen nach wohl und auch der kleine Prinz ist munter.

Um 8 1/2 Uhr war S. K. H. der Großherzog bereits in der Stadt. Im Palais wurde sofort eine landesherliche Rundgebung entworfen und festgesetzt. Sich das meist aus diesem Schriftbild die im Auge der unteren Gerichte über das Ereignis beruht. Mit Erreuer wohl hatte das kleine Odenburg es angefallen, wenn dem Throne die diese Erde auch fernere gestellt hätte. Aber die Besetzung für das landesherliche Haus wäre darum keine geringere gewesen, denn es ist in den Gefühlen des Volkes keine Enttäuschung mehr. So betrachtet das Land die Geburt eines Prinzen, der das Land als seine geliebte Stätte, als ein großes glückliches Ereignis.

Das geliebte Leben der Kaiserin liegt heute unter dem Zeichen des frohen Ereignisses. Heute die sich dieser Feinde waren, beglückendsten sich angeheißt, und man spricht von nichts anderem, als von der Geburt des Prinzen Peter.

Es ist das in ein kleiner Bericht, nicht schon oft genug bringt! Noch schöner als die Proja des Odenburger Hofblattes gefällt uns aber die Worte Kaiserinens, wenn er singt:

Heute Nacht ist ein Prinz geboren auf Erden.

Um einem langgeheulenen Bedürfnis abzuhelfen.

St. H. H. H.

St. H. H. H.

St. H. H. H.

Der Telegraph verkündete's durchs ganze Land.

Was soll sie ihn? Soll sie ihm die Hand angeben oder den Mann hier verberren lassen, um die Freude zu manchen und die Bittere, die andere geschehen können, wenn man sie bei ihr fände, vorerst in Sicherheit bringen?

Aber wenn sie Lust an diesem Punkte zurück ist, wird nicht der erste Wunsch kommene ihm entgegen, und der Mutter folgenden den anderen Mann? Wird dann nicht alles eben so beraten sein und früher vielleicht, che es je gelungen war, die Freunde zu alarmieren, und mit ihrer Hilfe den Toten heimlich hinzuzusetzen?

Was er nicht sagen darf, wird er nicht den Augen der Vorübergehenden entgehen werden, es war das Wahre. Sie vertritt den Verwandten zu leben, müßig schneit sie hin weiter, den Weinberg hinein. Aber ihre Kräfte vertragen, sie kann nicht mehr.

Was sie jetzt sagen hört, die Welt bereitkommen, und sie einige Schritte von Lutz weg. Sie blickt sich und umfassen den stäubenden Nebel hindurch blickt sie aufwie, fiam gegen die Straße.

Wird bringt sie auf und den Verantommenden entgegen; sie hat sie erkannt, es sind die Freundinnen Sophia, Helena.

Sie blickt auf alle drei um den Mann, der so schicklich, um ihm, so auf es geht, einen Notrufband anzulegen. Dann tragen sie ihn vorwärts, sich gegenliegend abbindend, den Berg hinab. Sie nehmen den Weg, der durch den Weinberg hindurchführt, gegen Hügellang zu.

Wort setzt sie sich die Wille eines Rufes. Sie war unermüdet, denn ihr Behäiger lebe in Paris. Fürst Karapoffin plügte sie, wenn er nach Zürich kam, als Kolligekrante in den Wagen, und Lutz, der ihm eng liert war, behält, wie Sophia wußte, den Schlüssel für den Wagen.

Was sie heute und fand ihn auch in Lutz's Kleidern. Als der letztere wieder völlig zu sich kam, beand er sich in einem eleganten Mann dieser Größe, gut gelagert in einem breiten Hute.

Was sie Befanden war den Verhältnissen entsprechend ziemlich befriedigend.

Gonia war an seiner Seite.

(Gottf. folgt.)

Helena.

Helena in drei Bildern von Minna Baumbach

(Schiedlich roman.)

Es ist Lania. Sie war in der Jere gegangen und erit die Devotion, die sie bekommen hätte ihr den Schouplag verat.

Milchins Haupt rührt jetzt in ihrem Schoße, von ihren kleinen Händen das Geben. Jerr Wuch ist wie gekannt von dem großen Weg und alle ihre Herren suchen. Als er aber jetzt langsam die Augen öffnet, zwingt sie den wilden Schmers zurück und sie neigt sich über ihm mit dem unruhigen Ausdruck der Liebe und des Erbarmens.

Er dankt ihr mit dem Bild — er kann nicht sprechen — und wieder schließt er die Augen.

Sie blickt ihn an und er sagt: Du kämpfer und Dulder? Weich löstest Ausdruck dies löst löst heute Gedicht hat. Du fante die, Helina. Dein Herz war weich und gut — zu weich hast Du die Menschen geliebt. — Du löstest ihren Schmerz mit Ansehen — Du wollest ihn nicht dulden — er brachte dich zur Verzweiflung — Dein Mitleid hat dich in die Hölle wilden, verzweigen Kampf getrieben, in dem wir alle stehen — in dem Opfer auf Cyper fallen.

Einamen sturten aus ihren Augen — tiefe, blutige Tränen. Und sie neigte sich tiefer und küßte die bleiche, die Stirn des Mannes, die seine Haare mehr furdte.

Da rückt er plötzlich die Augen auf — ein Gedante fährt blitzartig durch dieses Gehirn, bewegt es noch einmal in Schmerz und Sorge. — Der Wille, anderen zu helfen, Unschuldig zu retten, jetzt noch einmal seine Herren zu einer letzten Kraftanstrengung in Spannung.

Er öffnet den Mund, aber sein Ton fällt aus der Kehle — da hebt er die Hand — preßt sie an die Brust — „da“, rückt er, „da“, und verbleibt.

„Ausgelitten.“ — Sie bleibt unbeweglich, den roten Mann im Schoße. — Ihre Hände halten ihn noch, so weich und lind — sie hat keinen Gedanken im Sinn — nur Weh im Herzen — sanft drückt sie ihm die Augen zu, dann erhebt sie die ihrigen

und sie, daß seine Hand noch immer auf einer Stelle ruht, die er verachtet hat. Da — da!

Es ist kein Verdamnis.

Sie schiebt die erhaltende Hand bei Seite, berührt die Stelle und zieht eine Briefschale hervor.

Sie öffnete sie. Da sind Aufzeichnungen von seiner Hand.

Das darf nicht gefunden werden. Sie hat die Freiheit, das Leben vieler Menschen in Händen.

Sie will es wachen.

Gilg schiebt sie die Plinze wieder in die Briefschale zurück.

Wahr da steht am Harde ein Wort, das sich ihren Augen gleichsam von selbst aufdrängt, es ist der Name ihres Mannes.

Sie reißt das Blatt an sich und liest in eine Reihe zusammengehängte, das Schredliche: Eugen Waischewitsch ist wahnsinnig geworden.

Und sie starrt darauf und lächelt. Es ist ein Krampf, der ihr Gesicht grauhaft verzerrt.

Was sie nicht laßt nach, unlosbar deshalb gelitten — nun endlich hat sie Gewißheit.

Es entlockt, die seine Hände mehr — die Schwäche ist vorüber.

Was ist ihre einzige Empfindung.

Zurecht hatte sie gelangt und vor dem Schredlichen gestirrt, als andere es vollbringen wollten — nun aber will sie selbst es thun.

Nur das eine fürchtet sie jetzt, daß ihr ein anderer zuvorkommen werde.

Schon hat sie die Briefschale unter dem Kleide zuvorkommen.

Sie legt den Kopf des Toten auf den Boden und erhebt sich.

Sie stimmt die Hand aufwärts.

Am Rande des Tobels angeklagt, sieht sie sich noch einmal nach dem Freunde um, bei ihr immer ein Bruder gewesen war.

Wird fetter Augen blickte sie noch ihm hin, als wolle sie sich die greuliche Vermutung, der er erlegen war, unauflöslich ins Gedächtnis prägen.

„Weide Deine abgerufen — — — was gute Arbeit.“

Sie nickt dem Toten zu und wendet sich und geht weiter.

Sie blickt bemerkt sie die Stühler, die Lutz zurück gelassen hat.

Sie folgt ihr, gelangt auf die Straße und findet Lutz. Etwas schwärzer vom Weg ist er hingelungen, in tiefer Ohnmacht. Sie beugt sich nieder, sie erkennt, daß hier Rettung noch möglich ist, aber sie müßte rasch zur Stelle sein.

Sei uns!
Ein Bräutigam von Side Bade-Zunderland;
Sei uns!
Seine Verschämung geübet bereits zu schreiben.
Sei uns!
Und der Natur göhst Ihr erstes Opfer zu weihen.
Sei uns!

Soziales.

— **Weibliche Fabrikinspektoren** giebt es nun in Hessen, Weimar, Bayern, S. Koburg-Gotha.

— **Ein Erholungs- und Gewerkschaftsheim** für kaufmännische Angestellte der Papierbranche soll in Berlin errichtet werden.

— **Ueber außergewöhnliche Schädigung** durch die Gefängnisarbeit hat sich neuerdings die Bismarck-Waren Industrie in Hessen zu beklagen.

— **Wie arm** die große Masse unseres Volkes ist, erzieht sich daraus, daß es in Romreich Preußen, in dem bekanntlich ein solcher Deklarationszwang besteht, nach der Steuererhebung für 1896/97 unter den 31 1/2 Millionen Einwohnern nur 331 091 Menschen giebt, welche ein Einkommen von mehr als 3000 M. haben, also ungefähr je 1 unter 100. Eine 21 Millionen Preußen haben ein Einkommen bis und unter 900 M. jährlich und die 2 1/2 Millionen Preußen, die über 900 bis 3000 M. Einkommen haben, haben im Durchschnitt nur 1512 M. Im Steuerjahr 1891/92 wurde festgestellt, daß 7 1/2 Millionen Preußen ein Einkommen unter 420 M. jährlich hatten. Hiermit kann man sich wohl ein Bild von der Zahlungsfähigkeit des Volkes machen.

Diese Zahlen sprechen eine zu berechtigte Sprache, als daß man sie noch mit einem Kommentar zu versehen braucht; und das es immer noch Leute giebt, die da meinen, die Unzufriedenheit der Massen sei eine Folge der sozialdemokratischen Agitation, ist ein Beweis dafür, daß es eine Krankheit giebt, für die kein Heilmittel existiert, das ist die Dummheit.

— **Die Unfälle auf den Eisenbahnen** Oesterreich haben sich in den letzten Jahren so vermehrt, daß Oesterreich auf diesem traurigen Gebiete den Vorrang vor allen europäischen Staaten — England im Besonderen — sich ausgenommen — behauptet. Das doch diese Unfälle schon vor etwa 3 Jahren den früheren Präsidenten der k. Staatsbahnen, Ritter v. Bilinski, veranlaßt, zur Verhütung von Unglücksfällen „einiges zu thun“. Freilich bestand diese That lediglich in einer Ermahnung an die Bediensteten, sich mehr an den Geiß als an den Buchstaben der Instruktion zu halten. Man hätte nun meinen sollen, daß diese leichte und salopp-Auffassung von den Ursachen der Eisenbahn-Unfälle durch das in keiner Art heranzu bringende Vorgehen von Oösterreich in seiner Folge beirätigt und durch die Einsicht, die soziale Lage der Bediensteten müsse verbessert werden, leicht worden sei. Das war jedoch so wenig der Fall, daß noch vor ganz kurzer Zeit, am 13. Juli d. J., bei Brixlegg ein in seinen Ursachen dem Oösterreich Ereignis durchaus veränderter Zusammenstoß stattfand. Der Oösterreich Bahner hat 23, der Brixlegg 24 Stunden Dienst. Der Generalinspektor ist nun doch endlich eine leise Ahnung davon aufzuklären, daß die Ueberbürdung des Personal der Uebere der vielen Bahnhauptstationen sein könnte. Freilich eben nur eine Ahnung. Denn statt das Wägen, Verschub, Zugbeeidung und Zugbegleitpersonal zu vermehren, begnügt sie sich mit der Bestellung eines eigenen Aufseherpersonals für die Weichen und es ist nicht einmal aus dem Blick zu erheben, ob damit tatsächlich eine Verbesserung der Beamten oder nicht vielmehr eine Neubelastung des ebenfalls überarbeiteten Personalpersonals mit einer doppelten und im höchsten Grade vernunftsunwürdigen Aufgabe bewirkt wird. Das ist Oösterreich an dem Blick ist jedoch kein Widerspruch auf jene Unfälle, die ebenfalls von sich reden machen. Wägen 51 auf „Aufgehul“ ist logischer sein. Die vielen Unglücksfälle, die unabhängig von den Weichen, vor allem dem Verschleiben, erfolgen, erklären für die löbliche Generalinspektion nicht. Die Eisenbahndienstlichen brauchen ja keinen Schutz. Und wie vor wägen Eisenbahnverwaltungen kennen, wägen auch der sich an sich selbstlos einen kleinen Fortschritt bedeutende Erfolg nicht heranzuführen, hätte nicht in dem vernünftigen Jage — der Berg von Montenegro gewesen.

— **Ein Jahrlang in einem amerikanischen Kohlenreviere** wird im Büchergang Echo wie folgt geschildert: Dem Revierbesitzer besahnte am Sonabend nachmittags gleich nach 1 Uhr seine Leute aus. Der Revierbesitzer war in voller Uniform und schmer bewaffnet in der Offize zuhause, seine Dienste werden aber nicht gebraucht. Erwa 2200 Dollars an Arbeitslohn wurden ausbezahlt und nur etwa 300 Dollars hienon in bar; Laden und Wägen wurden beschlagnahmt alles übrige Aus der ganzen Arbeiterzahl, etwa 250 Mann aus dem Hermann- und Kottungham-Gruben, bekamen wenig oder gar keine bare Geld zu haben; Laden und Wägen wurden übergeben die Gruben besetzt, daß sie nur zum Raffieren zu gehen brauchen, um zu hören, das sie nichts zu bekommen hätten. Ein Mann, der 22 Dollar gut hatte, bekam 73 Cent in bar heraus; er blieb die Bahne aufeinander und ging seiner Wege. Ein anderer, ein junger Mann, der sein Alter auf 22 Jahre angab, erwartete 17 Dollars zu bekommen. Sein Substanz wurde für seines Vaters Hausmeiste zurückgehalten. Bei Hunderten anderer Unternehmern geht es ganz ähnlich zu, und das hier beizugehen wird, ist eher als Regel, denn als Ausnahme zu bezeichnen. Und angesichts solcher Zustände verwundert man sich noch darüber, daß die Arbeiter „rebellisch“ werden und einen Streik inszenieren!

Polizeiliches und Gerichtliches.

8 In Renndörfer wurde am 26. Juni eine Volksversammlung und Freizug ausgeführt, aufgestellt mit dem Begehren des überwachenden Beamten, die Frauen auszuweisen, nicht eingeschrieben worden war. Befragt auf Grund welcher Bejahung diese Maßnahmen erfolgten, erwiderte der Beamte: „auf Grund landräthlicher Verfügung“. Der Einberufer, Herr Hagenfuß, beklagte sich bei der Regierung in Schleswig und hatte den Erfolg, daß diese unter 7. August erklärte, sie habe die Beschwerde gegen die Ausweisung nicht für unbegründet befunden und das Erforderliche veranlaßt.

Parlamentsnachrichten.

— Die Landesparlament der Sozialdemokratie Hessens findet Sonntag den 29. August in Wiesbaden statt. Unter anderem wird über die bevorstehende Reichstagswahl Schriftsteller Haas-Mann und über die Fähigkeit der hessischen Landtagsfraktion Balthasar Dr. Daxb. Mann sprechen. Ueber den Vortritt in Hamburg referiert Cramer-Darmstadt.

Arbeiterbewegung.

Der erste Streik der Maschinenbauer. Von der Firma Brandtmeister in Leipzig, die den Alleinvertrieb der Segmalische Kugeln für Leipzig übernommen hat, wurde den dort bisher im gewöhnlichen Weise beschäftigten Maschinenbauern ein Arbeitslohn von 13 M. pro 1000 Schichten angeboten, was die mit der Erlangung, damit nicht auskommen zu können, ablehnten und 18 M. verlangten. Da dies von der Firma Brandtmeister nicht acceptiert wurde, brach in Leipzig am Freitag der Konflikt aus. Am Sonabend moegen verziehen nun die Firma Kugelnfabrik in Berlin einige Segger zu bewegen, für den Preis von 13 und schließlich von 14 M. pro 1000 Schichten ein, 150 M. wöchentliche Entschädigung für Reinigung der Maschine bei der Firma Brandtmeister in Leipzig Konvention anzunehmen. Die Berliner Maschinenbauer lehnten dieses Angebot ab, worauf sie entlassen wurden.

Darauf erklärten drei Vertrauensmänner, die von den in Frage kommenden Schichten gewählt waren, daß dann ein Arbeiterstreik auch in der Seggerstraße der Fabrik angeordnet werden müßte. Bei einer ähnlichen Leistung von 400 Schichten (17500 pro Woche) und neunundzwanzig Arbeitszeit (wovon 1 1/2 Stunden für Reinigung und Korrigieren abgehen), ergebe der angebotene Lohnbetrag einen Reinertrag von 26 M. pro Woche, wenn keine Schichtungen an der Maschine vorkommen, was aber bisher noch nie der Fall war — so daß der Segger in den meisten Fällen noch viel weniger zu rechnen haben würde. Gleichwohl wurde um Zurücknahme der Entlassungen ersucht. Die Firma lehnte jedoch nicht nur dieses Gesuch ab, sondern erklärte auch noch einen der Vertrauensmänner für entlassen. Darauf traten im 1. die Maschinenbauer, 18 an der Spitze, die Arbeit nieder. Die Frage der Entlohnung der Schriftsteller an der Seggerstraße ist für den gansen Bezirk der Schriftsteller von höchster Bedeutung.

Auf die Schlichtung eines einseitigen Tarifes für die Maschinenbauer haben sich die Reichstagsparteien bei der letzten Tagung des Reichstages nicht eingelassen.

— **Im Tubel** legten in der Fabrik von Friede u. Co. am Montag sämtliche 10 Arbeiter die Arbeit wegen Lohnminderungen nieder.

Die Differenzen der Formier bei der Firma Rudolf Wolter in Berlin, Wilhelmstr. 13, sind zu beiderseitiger Zustimmung beigelegt.

— **In Breslau** schlossen sich seit 8. August ca. 120 Schmiebe von Dörfelers Arbeiter an.

— **Achtung, Stellmacher!** Die in der Fabrik geborene Sperte über die Stellmacher-Westmanns Betrieb in Berlin, Rauscherstraße und Engel, Demmerstraße, bleibt bestehen.

— **In der Schweiz** sind die hiesigen Arbeiter in der Fabrik der Textilmaschinenbauerei in Bernenbühl in für die Arbeiter verhältnismäßig günstig ausgefallen. Fast alle Arbeiter haben bessere Arbeitsbedingungen erhalten. In dem fünfwöchentlichen Kampfe haben die Streikenden eine mildernde Haltung bewiesen. Trotz mancherlei Unterdrückung ist kein fester Bodenstand vorzunehmen. In dem im Sommer haben thätig die Streikenden das öffentliche Leben am Orte überherrscht.

— **Im Stettiner Tischlerei** der Arbeiterverband hat das Gewerkschaftsamt als Gutachten abgegeben. Der Bund wird nicht zum Streik gezwungen, die Änderungen der Arbeiterlohn und daraufhin Arbeiterkette etc. haben, mit Streiten vorgehen.

Ausland.

— **England.** Zur Achtstundigen Bewegung der Maschinenbauer. Der vorgeschriebene Streik legt den nicht ausgeschickten nicht streikenden Arbeitern einen Steuer von 3 Schillingen pro Woche resp. 4 Schillingen pro Woche erhoben, während die bisher nur alle vierzehn Tage 3 Schillinge 9 Pence Streifensteuer entrichteten. Aber das nimmt den Arbeitern ihre Hoffnung nicht; sie haben nämlich in der großen Arbeitermenge, die die Arbeitgeber machen, die Gewerkschaft, daß diese Sache günstig steht. Die hiesigen Arbeiter haben, wie der Daily Chronicle (Tages-Chronik) aus Einigung gemeldet wird, beschlossen, den Kampf bis aufs Messer zu führen.

Schules und Provinzialles.

Halle a. S., 18. August 1897.

— **Achtung, Drechsler!** Allen Drechslern in der Provinz gebietet das Volksblatt, nachdrücklich, daß in Eilenach ein Streik der Drechsler ausgeschrieben ist. Die Arbeiter müssen sich, Strafstrafe von unterwegs herauszusehen. Hiermit die Volksgesetze, namentlich die Streikenden, aufmerksam zu machen, erwidern sie die Streikenden. Die Drechsler wissen, was sie der Solidarität schuldig sind.

— **Für den Herbstmarkt**, der am 13. und 14. September auf dem Marktplatz abgehalten werden wird, ist durch eine unter dem 13. August ausgelegte Bekanntmachung der Polizei-Verwaltung hinsichtlich die Abrechnung eingeleitet worden, die wir bereits in der Nummer vom vorigen Sonntag besprochen haben. Die Schanksteuern werden nicht mehr wie bisher verlost, sondern der Aufbau der Zelle ist den hiesigen Franzosen übertragen worden. „Anträge“ von Schankwirten bezüglich Zulassung mit Schanksteuern am Jahrt sind nicht mehr erforderlich bzw. ausfallslos, heißt es in der Bekanntmachung. Wir bemerken, daß die Polizei-Verwaltung ohne Zustimmung der städtischen Kollegien das Recht hat, diese Änderung zu treffen. In der Verordnung vom 25. Mai 1880 wird die Kram- und Viehmarkte Lawe S. 14 wörtlich:

Die Wägen auf den Kram- und Viehmärkten werden für jeden Markt besonders verlichen und hat sich derjenige, welcher einen solchen beziehen will, schriftlich oder mündlich bei dem Markt-Polizei-Kommissarius zu melden und der Verlichung der Städte gewärtig zu sein.

Wir meinen, durch diese Verordnung ist die Art, wie die Marktstände, zu denen natürlich auch die Schanksteuern gehören, zu vergeben sind, ganz deutlich festgelegt, und der Polizeiverwaltung kann ohne Zustimmung der Kollegien wohl kaum die Befugnis zugesperrt werden, solche grundlegende Bestimmungen zu ändern.

Es ist den auf ein Zeit reflektierenden Schankwirten zu empfehlen, sich wie bisher und zwar möglichst bald bei der Polizei, Zimmer Nr. 47 a zur Verlichung der Schanksteuern zu melden. Es müßte dann die Rechtsültigkeit der neuen Bestimmung anzufragen werden, und wird diese Frage zu gunsten der Restauration entschieden, dann kann event. die Polizeiverwaltung für den Schaden ersatzpflichtig gemacht werden. Aber das ist nur denkbar, wenn reg-rechte Bewegungen eingereicht werden. Zweckmäßig wäre es, wenn die Schankwirte unter sich vereinbarten, daß nur so viele Bewegungen eingereicht werden, als Lote zu vergeben sind.

werden. Aber das ist nur denkbar, wenn reg-rechte Bewegungen eingereicht werden. Zweckmäßig wäre es, wenn die Schankwirte unter sich vereinbarten, daß nur so viele Bewegungen eingereicht werden, als Lote zu vergeben sind.

— **Wie die Hirsche schwindeln.** Unter der Ueberschrift „Was die Hirsche schreiben“ ging uns vor kurzem aus Weihenfeld eine Korrespondenz zu, welche zum Abdruck gelangte und in welcher ausgeführt wurde, wie seitens der Hirsch-Jagdgesellschaften Gewerbevereine unzulässig auf die streifenden Bergleute in Hirsch-Weihenfelder Reviere eingewirft worden ist, wie die sozialdemokratischen Kameraden von Dunderlischen Bergleuten verhaftet wurden und wie man seitens der Oberherren die Strenge, die gehaltenen Bergleute zu ermahnen — ihre Pflicht und Schuldtigkeit zu thun und sich ordnungsmäßig zu fügen.“ Unter Korrespondent brachte das den gewerkschaftlichen Bergleuten zugelande Zirkular wörtlich zum Ausdruck. Zur weiteren Kennzeichnung der Harmonie Dunderlische uns einige Tage darauf ein Bergmann aus dem Darze eine weitere Korrespondenz zu, in welcher er an das Verbalten der Gewerbevereiner im großen Waldenburger Bergarbeiterstreik von 1888 erinnerte. Mit beiden Artikeln beschäftigt sich in seiner neuesten Nummer der Gewerbeverein, das Organ der Hirsch-Jagdgesellschaften. Die Nummer ist uns von unbekannter Seite zugesellt worden. Redakteur des Blattes ist jener Herr Goldschmidt in Berlin, der bei seinem letzten redaktionellen Auftreten in Halle die grobe Unanständigkeit beging, in einem mehr als halbhündigen Schlußwort die Redner, die in die Debatte eingegriffen hatten, in persönlicher Weise beleidigend anzugreifen. Von dergleichen Wirksamkeit zeigt kein neuestes Nachwort, in welchem uns der Vorwurf gemacht wird, wie hätten die Gewerbevereine durch jene Reviere „schamlos-frech verleumd“, während wir das fragliche Zirkular wörtlich abgedruckt haben. Dagegen besteht der Goldschmidt wirklich fast nur aus niedrigsten Verleumdungen und größten Unwahrheiten. Er trägt gleich damit an, daß er sagt, unser Volksblatt habe sich damit in Deutschland beläugert, daß seine Zeitung den Segger und Drucker den 1. Mai zu feiern aufzuwachen, den Tag aber von Lohne abgelehnt.“ Das ist allerdings „schamlos-frech verleumd.“ Und da wir nicht annehmen können, daß dem Blatte der wahre Sachverhalt nicht bekannt wäre, so liegt keine Veranlassung vor, die Angelegenheit nochmals klarzulegen. Zudem weiß jedermann, der es wissen will, daß die Drucker, in welcher das Volksblatt hergestellt wird, ein Unternehmen für sich ist und sich nicht in Parteibetrieb befindet, also weder dem Volksblatt noch der Partei die damalige Differenz zur Last gelegt werden kann. Auf die von uns an das Hirsch-Zirkular geschriebene scharfe Kritik weiß der Gewerbeverein nichts zu sagen. Wohl aber leistet er sich eine weitere „schamlos-freche Verleumdung“, indem er schreibt, der Redakteur des Volksblattes sei ein bestimmter Sozialdemokrat übergetreten, um schneller in den Reichstag hineinzukommen.“ Wenn es nicht leistungsfähiger Gebrauch wäre, nichts über die inneren Verhältnisse einer politischen Partei zu sagen, der man den Rücken zugehrt hat, so könnte dem Schreiber obiger erdärtnliche Unternehmung eine Antwort erteilt werden, die er nicht hinter den Spiegel stellen würde. Weiter heißt es in dem Artikel, der Volksblatt-Redakteur habe den Bergarbeiter zum Zeit-Weihenfelder Reviere „eingeleitet.“ Eine Ueberschätzung als die anere! Und nachdem so Verleumdung auf Verleumdung gedrückt worden ist, verlangt das Blatt mit der Raubzeit eines Vielfächers den Namen des Bergmannes aus dem Harze zu wissen, von dem unsere zweite Korrespondenz herrührt. Dummheit und Frechheit gehen doch stets Hand in Hand! Wenn der Gewerbeverein auf die an der Harmonieblätter geübten Kritik nichts zu erwidern weiß als gemeine Verleumdungen, so wird er seine dem Unterzogen verfallene Sache nicht wieder auf die Uebrig bringen. Er braucht nicht erst „abzumitischen“, er hat schon abgemitstet. Und wenn man bedenkt, daß Leute solchen Kalbers bei den Vandalenmaßlen die Stimmen ehrlicher Arbeiter zugehört werden sollen, dann möchte man aus einem Widerspruch der Wohlbeleibung der schroffen Segner werden. Um solcher Leute willen auch nur einen Finger zu rühren, erfordert fast mehr als Selbstbeherrschung.

— **Kindererleid in Halle.** Seitdem die Schweizer vor nunmehr 17 Jahren aufhören, der erwerbsmäßigen Kinderarbeit Aufmerksamkeiten zu schenken, folgen wir Deutschen langsam, sehr langsam nach. Aus früheren Artikeln ist erinnerlich, wie der (hinterdreieckig gepreßte) Ruzdorfer Lehrer A. a. h. zuerst zahllose Zusammenstellungen lieferte wie zum Lachen, Gern, Mithalten folgten. Der Deutsche Lehrerverein hat in diesem Jahre solche hässliche Erhebungen für sämtliche Städte Deutschlands veranlaßt, und so liegen nun auch von Halle Angaben vor (Stat.-Ztg. Nr. 380) die sich freilich nur auf die 61 evangeilichen Volkschulklaffen des Städtchens beziehen und die 159 übrigen Klassen, sowie die 10 Klassen der katholischen Schule unberücksichtigt lassen. Das Bild ist also keineswegs vollständig, und auch nicht zureichend.

Klasse	Kinderzahl	davon gemächlich	vom Jünger
1-7	1924 Mädchen	279	14%
	1870 Knaben	405	22%
	13747 Kinder	684	18%
	7. 618	28	4%
	6. 606	30	5%
	5. 548	96	17%
	4. 519	121	23%
	3. 614	131	21%
	2. 458	153	33%
	1. 384	125	32%

In diesen allgemeinen Angaben verweisen ich auffällige Unterschiede fast ganz. Bei den Mädchen sinkt der Prozentsatz der gewerlich Beschäftigten von 27 in den 2. auf 23 in den 1. Klassen herab. Eine 2. Klassenklasse weist 54 Proz., eine andere nur 17 Proz. auf; eine 4. Klassenklasse 50 Proz.!

Wie anderwärts, so bilden auch hier die erwerbsmäßige beschäftigten Kinder natürlich das leiblich und geistig zurückgebliebene, also das „schlechtere“ Schulkmaterial. Die Art der Beschäftigungen ergibt sich aus folgender Zusammenstellung:

